

Kleine Anfrage 496

des Abgeordneten Péter Vida (BVB / FREIE WÄHLER Fraktion)

an die Landesregierung

Mehrkosten für Patienten/Klienten wegen neuer Ausbildungsstruktur in Pflegeberufen

Ab dem 1. Januar 2020 gibt es die neue bundesgesetzliche Regelung durch das Pflegeberufegesetz (PflBG). Dieses Gesetz regelt die gesetzlichen Bestimmungen zur neuen generalisierten Ausbildung zur/zum Pflegefachfrau/-mann. Mehrere früher nebeneinander existierende Ausbildungsformen und Berufsbezeichnungen sind nun vereinheitlicht worden. Für die Auszubildenden wurde auch die Höhe der Ausbildungsvergütungen neu geregelt, was diese Ausbildungsform hoffentlich für viele junge Leute und Quereinsteiger interessant machen wird.

Die Finanzierung dieser der Ausbildung unterliegt neuen Regelungen. Die Ausbildung zur Pflegefachkraft wird solidarisch durch eine Ausbildungsumlage finanziert. Die ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser, die die neue Ausbildung umsetzen, erhalten aus dem Ausgleichfonds des Landes Brandenburg nach dem Pflegeberufegesetz entsprechende finanzielle Mittel. In diesen Ausgleichfonds zahlen alle ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen sowie Krankenhäuser, die soziale und private Pflegeversicherung sowie das Land Brandenburg ein. Dieser Ausgleichfonds wurde im Land Brandenburg beim Landesamt für Soziales und Versorgung (LASV) als zuständige Stelle eingerichtet.

Das LASV hat für jede Pflegeeinrichtung per Bescheid einen festen Finanzierungsanteil (Umlagebetrag) festgelegt. Ob die Pflegeeinrichtung zurzeit ausbildet und im vollstationären Bereich bereits die Ausbildungsumlage für die Altenpflegeausbildung den Bewohnern in Rechnung gestellt wird, ist hierbei unerheblich.

Die Refinanzierung des Umlagebetrags zum Ausgleichfond ist für ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen über die Vergütung der allgemeinen Pflegeleistungen möglich. Das impliziert, dass sich der Eigenanteil im stationären Bereich bzw. die Pflegeleistungen im ambulanten Bereich erhöhen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist es zulässig, dass die Pflegeeinrichtungen diesen Umlagebetrag auf ihre Bewohner/Klienten umlegen?
2. Wenn 1. mit Ja beantwortet wird, auf welcher gesetzlichen Grundlage erfolgt die Umlage?
3. Wenn 1. mit Ja beantwortet wird: wie wird dies fachlich begründet?

Eingegangen: 13.05.2020 / Ausgegeben: 13.05.2020

4. Erhöht sich durch die Ausbildung von Pflegekräften für den Bewohner/Klienten die Betreuungsqualität und erfährt er eine Erhöhung der ihm vermittelten Leistung.